



Global Institute for  
Structure relevance,  
Anonymity and  
Decentralization i.G.

**GISAD Stellungnahme zu [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13538-Binnenmarkt-Vorschlag-fur-eine-Gesetzgebungsinitiative-zu-grenzuberschreitenden-Taetigkeiten-von-Vereinen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13538-Binnenmarkt-Vorschlag-fur-eine-Gesetzgebungsinitiative-zu-grenzuberschreitenden-Taetigkeiten-von-Vereinen_de) .**

GISAD (Global Institute for Structure relevance, Anonymity and Decentralisation i.G.) ist ein Institut in Gründung. GISAD will aus Sicht der Bürger Europas ein Digital-System (EU-D-S) entwickeln, welches sich im Systemwettbewerb mit Torwächtern und einem Social Credit System behaupten kann.

Ziel von GISAD ist die Begleitung bei der Erstellung eines ganzheitlichen Marshallplans, wie dieser von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen gefordert wurde. Kern des Marshallplans muss ein auf Bürgerrechte und Vielfalt angepasstes Digitalkonzept sein. Bei Einzelmaßnahmen ohne eigenes Gesamtsystem besteht die Gefahr für Europa, den Systemwettbewerb gegen andere Wirtschaftsräume wie ein zentral gesteuertes China zu verlieren.

- Die Stellungnahme von GISAD steht unter dem Vorbehalt, dass sie als Teil eines Digital-Gesamtkonzepts zu verstehen ist (Mehrfachnutzen der gleichen Infrastruktur ohne Mehrkosten).

GISAD hat drei Ziele definiert, auf welche sich ein Marshallplan fokussieren sollte:

1. Die optimale Veredelung und einfache Verwertung digitaler Daten, bei Erhalt von Vielfalt und leistungsgerechter Einbindung aller an der Wertschöpfung Beteiligten.
2. Die stigmatisierungsfreie, lebenslange digitale Einbindung aller Bürger mit Anreizen zur Selbstentfaltung.
3. Die digitale Gewährleistung der notwendigen staatlichen Aufgaben zum Erhalt der Sicherheit für Bürger, Wirtschaft und Staat, bei Beibehaltung vordigitaler demokratischer Errungenschaften.

#### **Herausforderungen:**

GISAD begrüßt die Initiative der EU-Kommission, die grenzüberschreitende Tätigkeit von Vereinen zu fördern. Jedoch lehnt GISAD es ab, die Tätigkeit grundsätzlich auf des EU-Gebiet zu begrenzen. Im Rahmen der digitalen Transformationen werden geografische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen. Es bleiben die Grenzen der Sprachräume und Werte. Insbesondere die chinesische Expansionsstrategie seiner Werte mittels des Social Credit Systems zwingt zu einer internationalen Antwort. Das Europäische Konzept der Vielfalt und Souveränität seiner Mitgliedsstaaten kann globales Vorbild für digitale Demokratien werden. Vereine sind die tragende Säule demokratischer Werte. GISAD schlägt je Sprachraum der EU die Gründung einer Genossenschaft als Betreiber des EU-D-S vor. Damit ist der gesamte europäische geografische Raum abgedeckt. Vereine sollten innerhalb der EU-D-S Genossenschaften eine tragende Rolle übernehmen.

Erste GISAD Stellungnahmen zur Sozialwirtschaft sind unter <https://gisad.eu/de-eu-initiative-eu-aktionsplan-fuer-die-sozialwirtschaft/> und <https://gisad.eu/de-das-eu-d-s-in-bezug-auf-die-sozialwirtschaft/> und <https://gisad.eu/collective-call-to-grant-limited-profitability-enterprises-a-legal-meaning-and-ensure-a-fair-competition-with-private-undertakings/> zu finden.

**Vor diesem Hintergrund schlägt GISAD folgende Maßnahmen vor:**

- Einführen des EU-D-S mit je Sprachraum einer Genossenschaft als Betreiber.
- Einfache Möglichkeit für Vereine und die Sozialwirtschaft, Mitglied einer oder mehrerer Genossenschaften zu werden.
- Teilnahme von Vereinen an einem Wertebeirat mit einem Vetorecht in Bezug auf die demokratischen Werte berührende Entscheidungen.
- Entwicklung des rechtlichen Rahmens einer Digitalunion, in der auch Vereine aus zum jeweiligen Sprachraum gehörenden Nicht-EU Ländern teilnehmen können, welche in einem Land mit einem Demokratieindex über 5,5 leben. Vor diesem Hintergrund Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft.
- Öffnung der Digitalunion für Genossenschaften, die zuständig für solche Sprachen sind, welche in der EU nicht gesprochen werden.